

[05.02.2010]

Abkommen im Unterrichtswesen wurde unterzeichnet

Austausch von Inspektionsdiensten

Im Rahmen des Treffens der beiden Regierungen wurde auch ein Zusammenarbeitsabkommen in Sachen Unterrichtswesen zwischen der Französischen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterzeichnet.

»Wir möchten die Zusammenarbeit in Unterrichtsfragen mit der Französischen Gemeinschaft vertiefen. Es geht um den Austausch von Inspektionsdiensten, um den Austausch im Bereich der Mehrsprachigkeit von Nativ-Speakern und die gemeinsame Organisation von Immersions-Projekten für Jugendliche. Grundsätzlich wurde auch vereinbart, im Bereich der Informatik und des Informationsaustauschs stärker zusammenzuarbeiten als in der Vergangenheit«, erklärte DG-Unterrichtminister Oliver Paasch (ProDG). Ganz konkret heißt das beispielsweise, dass Schüler aus der FG zum Erlernen der deutschen Sprache in Zukunft vermehrt die Möglichkeit bekommen sollen, in die DG zu kommen - und umgekehrt.

Wichtig ist auch der Aspekt der Inspektionen im Sekundarschulbereich. Zwar verfügt die DG im Grundschulwesen über eine eigene Inspektion. Im Sekundarschulwesen aber wurde auch bisher schon oft auf die Dienste der Wallonie zurückgegriffen. Es bedurfte nun einer juristischen Grundlage. »Es war wichtig, dass wir dies auf eine legale Basis gestellt haben«, bekräftigte Paasch. »Es geht vorrangig darum, die Situation der Schüler zu verbessern«, fasste Marie-Dominique Simonet (CDH), Unterrichtsministerin der Französischen Gemeinschaft (FG), die Ziele des Abkommens zusammen. Auf die Komplikationen, die es im Bereich der Inspektionen frankophoner Schulen auf dem Gebiet der flämischen Gemeinschaft in den Randgemeinden von Brüssel gibt, angesprochen, meinte sie: »Wir versuchen auch, Abkommen mit Flandern zu finden. In Sachen Inspektion sind wir in der Tat auf Probleme gestoßen, die wir mit der DG nicht haben. Aber die Situation ist hier auch eine andere.« Paasch verdeutlichte die Unterschiede, als er erklärte, dass es in der DG rein französischsprachige Schulen nur auf Grundschulebene gebe. »Es ist natürlich so, dass auf Grundschulebene die Inspektionen auch durch die Dienste der DG geleistet werden. Wir beobachten die Diskussion, die auf belgischer Ebene zwischen Flamen und Wallonen stattfinden aus der Ferne. Wir haben jedenfalls keine solchen Probleme.«

(nawi)



Marie-Dominique Simonet (links) unterzeichnet das Abkommen im Unterrichtswesen.

 Größeres Bild

[05.02.2010]

Zwischen DG und Wallonie: »Unser eigener kooperativer Föderalismus«

Kompetenzübertragungen: Startschuss gefallen

Aus Jambes berichtet Nathalie Wimmer

Zum fünften Mal trafen sich am Donnerstag in Jambes die Regierungen der Wallonie und der DG zur gemeinsamen Regierungssitzung. Thema der Gespräche waren u. a. die Kompetenzübertragungen an die DG.

Der gestrige Tag »war ein Startschuss in Sachen Kompetenzübertragungen. Ich hoffe nicht, dass es ein Marathon wird. Aber es wird ganz sicher nicht nur ein Hundert-Meter-Lauf. Wer hier mit antritt, der muss auch sicherstellen, dass er noch in der letzten Hälfte des Rennens Luft hat«, bequeme Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) einen Vergleich aus dem Sportbereich heran, um die Bedeutung der Gespräche zu umschreiben.

Arbeitsgruppe

»Es wurde der wichtige Beschluss gefasst, eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die jetzt die Geschicke dieser Verhandlungen und Gespräche um die Übertragungen in ihre Hände nehmen wird«, erklärte

Lambertz. Alle Minister der DG und der Wallonischen Regierung sollen in dem Gremium vertreten sein. Bis zur nächsten gemeinsamen Regierungssitzung im Februar 2011 soll es mindestens vier Treffen geben. Aufgabe der beiden Ministerpräsidenten wird es sein, der Gruppe vorzusitzen und dafür zu sorgen, dass Ergebnisse an den Tag gebracht werden. Aber mit einer konkreten Umsetzung ist im Februar 2011 wohl noch nicht zu rechnen.

»Wir werden mit dem Abtasten und dem Verdeutlichen der jeweiligen Positionen beginnen. Dann gilt es, die einzelnen Themen abzuarbeiten: Ob es dabei um die Perimeter des zu übertragene Bereichs, um Fragen der Mittel oder um die Frage, wie die Synergien im Nachhinein aussehen können, geht«, formulierte Lambertz ein wenig zurückhaltend, um dann aber einen konkreten Zeitplan zu nennen, der ihm vorschwebt: »Wir werden so vorgehen, dass die präzisen Verhandlungen nach Februar 2011 beginnen. Politisch stehen diese Pläne immer in Zusammenhang mit dem, was in Sachen Staatsreform oder im Intra-frankophonen Dialog in unserem Land



Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz im Pressegespräch.

 Größeres Bild



Der wallonische Ministerpräsident Rudy Demotte (links) und DG-Unterrichtsminister Oliver Paasch (rechts) ins Gespräch vertieft.

 Größeres Bild

geschieht«, so der DG-Regierungschef. Er betonte, dass also die politische Großwetterlage bei den Verhandlungen über die Kompetenzen eine wichtige Rolle spiele.

Marshallplan

Neben den Übertragungen von Befugnissen wurden aber auch andere Themen besprochen. So wurde beispielsweise eruiert, welche Synergien es zwischen dem Marshallplan2.grün und den 16 Prioritäten der Regierungserklärung der DG gibt. »Es ist ganz wichtig zu erarbeiten, wie Elemente des Marshallplans auch in Ostbelgien greifen und wie Dinge, die wir uns als Prioritäten gesetzt haben, durch eine Verknüpfung mit den Marshallplan mit einem Turbo versehen werden können - besonders, da wir uns in Zeiten knapper Mittel befinden.« Auch hier werde es aber erst während der nächsten gemeinsamen Regierungssitzung konkretere Ansätze geben, präzisierte Lambertz, der darauf verwies, dass in der DG weiter am Regionalen Entwicklungskonzept (REK) gearbeitet werde.

Der wallonische Ministerpräsident Rudy Demotte (PS) hob die gute Zusammenarbeit hervor. Er unterstrich, dass der kooperative Föderalismus, der momentan in aller Munde sei, zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonie schon lange praktiziert werde. »Das ist unser eigener kooperativer Föderalismus. Wir waren sein Wegbereiter, bevor der Begriff überhaupt vermehrt aufs Tapet kam. Wir werden uns dadurch inspirieren lassen, um mit den anderen Gliedstaaten darüber zu reden«, erklärte er. Lambertz fügte hinzu. »Zu dem Zeitpunkt, an dem alle von kooperativem Föderalismus reden, kooperieren noch längst nicht alle auf diese Weise.«

Hier und Heute

[05.02.2010]

HINTERGRUND

Kompetenzen

Seit 1983 erlaubt Artikel 139 der belgischen Verfassung der Wallonie eine Kompetenzübertragung an die DG, wie dies in den vergangenen Jahren bereits mehrmals geschehen ist (Denkmalschutz, Beschäftigung,...). Die DG strebt nun die Übertragung der Raumordnung, des Wohnungsbaus und der Provinzkompetenzen an. In dem letzten Punkt wird das Brüsseler Modell ganz ohne die Institution Provinz angepeilt.

Hier und Heute

[05.02.2010]

»Haben auf eine schnelle Lösung gedrängt«

Problematik in Sachen N62 wurde angeschnitten

Im Rahmen der gesamten Akte zu den Arbeiten im Straßenbau wurde am Donnerstag in Jambes auch über die Problematik um die N62 gesprochen. Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) betonte, seine Regierung habe gegenüber dem zuständigen wallonischen Regionalminister Benoît Lutgen (CDH) auf eine schnelle Lösung gedrängt.

Dies sei zum einen geschehen, weil man sich in der DG der unhaltbaren Situation sehr wohl bewusst sei und weil zum anderen der Zufahrtsstrom nach Luxemburg keineswegs geringer werde. Lutgen habe von einer baldigen Arbeitssitzung gesprochen, um die Problematik zu vertiefen.

Ein Datum für nächste konkrete Schritte sei allerdings seitens des wallonischen Ministers noch nicht genannt worden. Lambertz betonte, dass der Handlungsansatz seitens der Wallonie kommen müsse.(nawi)